

JEAN-MARC DREYFUS

## GERMANISIERUNGSPOLITIK IM ELSASS 1940–1945

Im Laufe des 20. Jahrhunderts erfuhr das Elsass ein besonders bewegtes Schicksal. So hat diese zwischen den Vogesen und dem Rhein gelegene Grenzregion drei Mal die Staatszugehörigkeit gewechselt. Seit 1648 war sie gemäß dem Westfälischen Frieden zum überwiegenden Teil dem französischen Königreich angegliedert. Straßburg war zunächst freie Stadt geblieben und erst 1682 angeschlossen worden.<sup>1</sup> Die letzte Angliederung an Deutschland erfolgte durch das Dritte Reich – gegen den Willen der französischen Regierung und der Mehrheit der elsässischen Bevölkerung. Die Annexion dauerte über vier Jahre, von Juni 1940 bis zur Befreiung, welche sich über mehrere Monate erstreckte. So wurde Straßburg am 23. November 1944 befreit, Colmar erst im Februar und die Gebiete um Weissenburg (Wissembourg) und Hagenau (Haguenau) im März 1945.<sup>2</sup>

Das vom Reich de facto annektierte Elsass wurde dem Gau Baden angegliedert, zu dessen Hauptstadt Straßburg erklärt wurde. Robert Wagner, ein fanatischer Nazi, stand als Gauleiter an der Spitze der Zivilverwaltung des Elsass, welches ein besonders hartes Zwangsgermanisierungsverfahren erdulden musste. Dieses erstreckte sich im Wesentlichen auf drei Bereiche: Zunächst sollten alle Spuren französischer Präsenz beseitigt werden, unabhängig davon, ob diese aus der Zwischenkriegszeit stammten oder älteren Ursprungs waren, ferner sollte das Gebiet ökonomisch und kulturell germanisiert, die regionale Kultur verdrängt werden und schließlich sollte die Bevölkerung nazifiziert werden, was vor allem ab 1942 forciert wurde.

Im vorliegenden Beitrag werden, ausgehend von den Verwaltungsreformen und den Bevölkerungsbewegungen hin zur politischen Indoktrination sowie der ökonomischen Vorherrschaft, die verschiedenen Aspekte dieser Politik untersucht. Es soll gezeigt werden, dass es sich im Elsass

---

<sup>1</sup> Zur allgemeinen Geschichte des Elsass FRANÇOIS-GEORGES DREYFUS, *Histoire de l'Alsace*, Toulouse 1979.

<sup>2</sup> Zu den Kämpfen und dem zeitlichen Ablauf der Befreiung des Elsass FERNAND L'HUILLIER, *Libération de l'Alsace*, Paris 1975 (= *La Littérature de la France*, 2), S. 22–54 sowie JACQUES GRANIER, *Et Leclerc prit Strasbourg: 23 novembre 1944*, Strasbourg 1970.

um eine stark ideologisch geprägte Germanisierungspolitik handelte, welche aber nur einige gemeinsame Züge – ohne diesem allerdings vergleichbar zu sein – mit dem Geschehen im Osten des Reiches aufweist.

Selbst bei einem Vergleich mit dem, nach historischen Begriffen nächstgelegenen Gebiet, d.h. dem praktisch bis 1921/22 deutschen Schlesien, das ab 1939 ebenso intensiv germanisiert wurde, scheint Vorsicht geboten. Die Besonderheit des Elsass lag in einer zum allergrößten Teil von der germanischen Kultur geprägten Bevölkerung, die die Nazis zwar als „rassisch umerziehbar“ ansahen, es ihnen aber unmöglich schien, diese unmittelbar ins deutsche Volk zu reintegrieren. Diese rassische Sichtweise wurde von aktuellen politischen Gedanken – dem Bedürfnis nach Rache an Frankreich, um die Schmach von 1918 wieder gutzumachen, aber auch dem Wunsch, sich der als wenig verlässlich angesehenen elsässischen Bevölkerung nicht unwiderruflich zu entfremden – überlagert. Die Elsässer (und die Bewohner des Departement Moselle) wurden als Träger deutschen Blutes betrachtet – Blut, das allerdings durch die französischen Einflüsse „verschmutzt“ war und das es zu reinigen galt.<sup>3</sup>

Als die deutschen Truppen am 19. Juni 1940, fünf Tage nach der Einnahme von Paris, wieder in Straßburg einzogen, fanden sie eine besondere politische, ökonomische und administrative Lage vor – Hinterlassenschaft einer vielschichtigen historischen Entwicklung.

## Bis 1939: Ein besonderer Status

Das Elsass mit seinen alten germanischen Wurzeln bewahrte weitgehend seine regionale Kultur und vor allem seine Sprache, das Elsässische, einen besonders ausgeprägten alemannischen Dialekt. Als die Niederlage Frankreichs im Krieg gegen Preußen 1870 zum Anschluss der Provinz an das gerade gegründete Deutsche Kaiserreich führte, sprach nur ein Teil der Bevölkerung Französisch. Diese „Annexion“ genannte Periode, als das Elsass mit einem Teil Lothringens „Reichsland“ wurde, dauerte bis 1918. Die Provinz erfuhr dadurch tief greifende Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur. Etwa 10% der Bevölkerung, die so genannten *optants*, hatten sich gemäß einer Klausel im Frankfurter Frieden vom Mai 1871 für

<sup>3</sup> Zur Bewertung der rassischen Qualität der Elsässer durch die SS ISABEL HEINEMANN, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“: das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003 (= Moderne Zeit, 2).

Frankreich entschieden und das Elsass verlassen.<sup>4</sup> Demgegenüber siedelten sich, begünstigt durch eine intensive, in den ersten Jahren gleichwohl vorsichtige Germanisierungspolitik, zahlreiche „Immigranten“ aus allen Teilen des Reiches im Elsass, vor allem in den Städten, an.<sup>5</sup> Ein Großteil von ihnen wählte 1918 den Weg des Exils, andere wurden bis 1921 von den französischen Behörden ausgewiesen. Mindestens 150.000 Deutsche wurden binnen dreier Jahre aus dem Elsass und aus Lothringen vertrieben, mindestens 30.000 allein aus Straßburg.<sup>6</sup> Gleichwohl konnte eine kleine Zahl Deutscher, die mit Elsässern verheiratet waren, in den drei wieder eingerichteten französischen Departements bleiben (Bas-Rhin, Haut-Rhin, Moselle). Die anderen bildeten Gemeinschaften, deren wichtigstes und am besten organisiertes Zentrum Frankfurt war. Sie entwickelten eine nostalги- sche Haltung zur verlorenen Provinz und forderten unmissverständlich deren Wiederanschluss an das Deutsche Reich.<sup>7</sup>

Auch die von der Mehrheit der Elsässer gewünschte und gefeierte Rückkehr nach Frankreich verlief nicht reibungslos. Die Französische Republik wollte schnell ihre eigene, vereinheitlichte Verwaltungsordnung durchsetzen, welche für das ganze Staatsgebiet gleichermaßen gelten sollte. Die Elsässer aber, obwohl froh, wieder zu Frankreich zu gehören, waren allerdings germanisiert worden. 48 Jahre deutscher Herrschaft hatten die Provinz verändert, hatten sie modernisiert und ökonomisch entwickelt, aber auch die französische Kultur weitgehend zurückgedrängt. Insbesondere die französische Sprache wurde nur noch von einem Teil der lokalen Bourgeoisie gesprochen. Das Frankreich der III. Republik hatte ebenfalls Veränderungen erfahren, insbesondere die Durchsetzung der Trennung von Kirche und Staat im Jahre 1905. Demgegenüber blieben die Elsässer ihrem Particularismus sehr verhaftet, besonders im religiösen Bereich und in der Aufrechterhaltung des napoleonischen Konkordats. Die Einrichtung eines

<sup>4</sup> Zu dieser Bevölkerungswanderung ALFRED WAHL, *L'option et l'émigration des Alsaciens-Lorrains (1871-1872)*, Paris 1974. (= Associations des Publications près les Universités de Strasbourg, 151). Zur jüdischen Bevölkerung im Besonderen VICKI CARON, *Between France and Germany. The Jews of Alsace-Lorraine, 1871-1918*, Stanford 1988, S. 25-42.

<sup>5</sup> Zu den Deutschen, die ins Elsass übersiedelten, siehe die detaillierte Untersuchung von FRANÇOIS UBERFILL, *La société strasbourgeoise entre France et Allemagne (1871-1924). La société strasbourgeoise à travers les mariages entre Allemands et Alsaciens à l'époque du Reichsland. Le sort des couples mixtes après 1918*, Strasbourg 2001 (= Publications de la Société Savante d'Alsace: Recherche et documents, 67).

<sup>6</sup> Ebd., S. 158.

<sup>7</sup> IRMGARD GRÜNEWALD, *Die Elsass-Lothringer im Reich, 1918-1933. Ihre Organisationen zwischen Integration und „Kampf um die Seele der Heimat“*, Frankfurt/M. 1984 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 232).

Hochkommissariats für Elsass-Lothringen, was an eine Kolonialverwaltung erinnerte, wurde von ihnen sehr schlecht aufgenommen. Das In-Kraft-Bleiben französischer Gesetzestexte aus der Zeit vor der Annexion, das Beibehalten der deutschen Gesetzgebung aus der Zeit, als das Elsass Reichsland war, wie z.B. das Beamtenrecht, und das In-Kraft-Setzen der meisten, aber nicht aller französischer Rechtsvorschriften hatten ein recht kompliziertes, so genanntes „lokales“ Recht zur Folge.<sup>8</sup> Durch die Einführung des Partikularismus, insbesondere durch das Gesetz von 1925, das das Verwaltungsstatut änderte, stieg die Anzahl der speziell die Départements Elsass und Moselle betreffenden Bestimmungen. Vor allem das Schulrecht war betroffen: So blieben die öffentlichen Schulen wie auch die Pädagogischen Hochschulen konfessionelle Schulen, an denen der Religionsunterricht von den Lehrern selbst erteilt wurde. Zudem unterschied sich die religiöse Vielfalt im Elsass der Zwischenkriegszeit deutlich von dem einheitlichen Bild in den anderen Landesteilen. Der Anteil der Protestanten lag bei etwa 20%, meist Lutheraner, aber auch Mennoniten und Zeugen Jehovas. 1939 lebten zudem 25.000 Juden im Elsass. Die restliche Bevölkerung war katholisch.

Die regionale Politik der Zwischenkriegszeit war durch die *malaise alsacien* gekennzeichnet. Mit der Gründung des Heimatbunds 1926 traten Autonomiebestrebungen hervor, die eine größere Freiheit innerhalb der Republik forderten. Der französische Staat reagierte darauf mit einer gewissen Heftigkeit und es kam zu Prozessen. Die Autonomiefrage beherrschte die regionale Politik bis zu den Wahlen 1935.<sup>9</sup> Ab 1935 schloss sich eine zweite, stärkere Autonomiebewegung nach und nach Deutschland und dem Nationalsozialismus an.<sup>10</sup> Die Anhänger der Autonomiebestrebung unter den Abgeordneten wurden 1939 wegen Verbindungen zum Feind verhaftet. 1940 gab es Todesurteile und Hinrichtungen, wie im Fall von Karl Roos, dem Anführer der Bewegung.<sup>11</sup> Die anderen, die in Nancy interniert waren, wurden von der deutschen Armee nach der Niederlage Frankreichs befreit und besetzten nach ihrer Rückkehr ins Elsass relativ wichtige Posten in der neuen Verwaltung, der Zivilverwaltung.

<sup>8</sup> Genaueres hierzu siehe JEAN-MARC DREYFUS, La présence de la Caisse des dépôts en Alsace et en Moselle ou le maintien d'un régime exceptionnel, 1925-1954, in: La Caisse des dépôts et consignations, la Seconde Guerre mondiale et le XX siècle, hg. v. MICHEL MAR-GAIRAZ, ALYA AGLAN u. PHILIPPE VERHEYDE, Paris 2003, S. 274-304.

<sup>9</sup> FRANÇOIS-GEORGES DREYFUS, La vie politique en Alsace: 1919-1936, Paris 1969 (= Cahiers de la fondation nationale des sciences politiques, 173).

<sup>10</sup> Siehe hierzu den Beitrag von Christiane Kohser-Spohn im vorliegenden Band.

<sup>11</sup> Zu den Führern der elsässischen Autonomiebewegung PHILIP CHARLES FARWELL BANKWITZ, Alsatian autonomist leaders, 1919-1947, Lawrence 1978.

## Die Zivilverwaltung im Elsass

Bei Kriegsausbruch zwischen Frankreich und Deutschland wurden ab Anfang September 1939 alle Bewohner des elsässischen und lothringischen Grenzstreifens ins Zentralmassiv und in den Südosten Frankreichs evakuiert.<sup>12</sup> Von diesem Rückzug waren im Elsass 175 Gemeinden und ungefähr 430.000 Personen betroffen, ein Drittel aller Elsässer. Straßburg wurde vollständig geräumt, es verblieb lediglich eine Militärgarnison. Die Behörden folgten den Präfekturen, den Konsistorien sowie der Universität von Straßburg, die nach Clermont-Ferrand ausgelagert worden war.<sup>13</sup> Ab Anfang 1940 wurde mit der Demontage von Industrieanlagen begonnen, um sie aus dem potenziellen Frontabschnitt zu entfernen.<sup>14</sup>

Nach der Annexion des Elsass wurde unter Robert Wagner, Gauleiter in Baden,<sup>15</sup> eine deutsche Verwaltung eingerichtet. Allerdings war auch das Berliner Innenministerium für die im Westen des Reiches annexierten Gebiete (Elsass, Mosel, Luxemburg) zuständig.<sup>16</sup> Wagner, der mit der Germanisierung der Verwaltung begann, brachte einige deutsche Beamte ins Elsass zurück, die dort bereits vor 1918 im Elsass eingesetzt und später vertrieben worden waren. Alle französischen Beamten (also die, die nicht elsässischer Herkunft waren) wurden entlassen.<sup>17</sup> Lediglich untergeordnete Beamte und solche mit elsässischer Herkunft blieben im Amt. Die entstandenen Lücken wurden durch Beamte aus Baden geschlossen. Allerdings war das Netz der deutschen Zivilverwaltung im Elsass nicht sehr eng geknüpft; allenthalben wurde das Versagen der Verwaltung während der gesamten Dauer der Besetzung offenkundig. Vor allem die Anwesenheit badischer und nicht preußischer Beamter, erleichterte gegenüber dem, was

<sup>12</sup> DREYFUS (wie Anm. 1), S. 332.

<sup>13</sup> RENÉ PAIRA, *Affaires d'Alsace, souvenirs d'un préfet*, Strasbourg 1990 (= Mémoire d'Alsace), S. 138–145. René Paira sollte nach der Befreiung Präfekt von Straßburg werden. Er verbrachte den Krieg als französischer Kriegsgefangener in Deutschland.

<sup>14</sup> Il y a cinquante ans – l'évacuation: catalogue de l'exposition itinérante présentée du 3 au 7 juillet 1990 à Agen à l'Hôtel du Département et du 24 au 28 juillet 1990 à Colmar à l'Hôtel du Département, organisée par les Archives départementales du Haut-Rhin et l'Office départemental d'action culturelle du Lot-et-Garonne, 1990.

<sup>15</sup> Zu Robert Wagner: *Die Führer der Provinz: NS-Biographien aus Baden und Württemberg*, hg. v. MICHAEL KISSENER u. JOACHIM SCHOLTYZECK, Konstanz 1997 (= Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, 2).

<sup>16</sup> LOTHAR KETTENACKER, *La politique de nazification en Alsace*, 2 Bde., Strasbourg 1978 (= *Saisons d'Alsace*, 65, 68), hier Bd. 1, S. 63–64.

<sup>17</sup> Siehe unten. Es gibt keine quantitative Untersuchung über die Zusammensetzung der deutschen Zivilverwaltung und demzufolge keine Angaben über die Anzahl der von Wagner im Amt belassenen Beamten.

in der Zeit zwischen 1871 und 1918 geschehen war, den Kontakt der elsässischen Bevölkerung zu den Deutschen.

Die Neuorganisation bedeutete die Durchsetzung von Verordnungen des deutschen Verwaltungsapparates, wie er in Baden existierte. Die Beseitigung des überlieferten „lokalen“ Rechts vollzog sich allerdings sehr viel behutsamer. Die Tagespolitik bestand darin, die Funktion der Verwaltung so gut es ging aufrecht zu erhalten. Das deutsche Recht wurde nur schrittweise eingeführt. So wurde zum Beispiel am 19. Juni 1941 das deutsche Personenstands- und Familienrecht, einschließlich der Nürnberger Gesetze zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre von 1935 erlassen.<sup>18</sup>

Das Handelsrecht und das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch wurden aber erst am 4. Januar 1943 eingeführt.<sup>19</sup> Die schnellste und radikalste Veränderung war jedoch die Einsetzung der Zivilverwaltung im Elsass, einer Art Zentralministerium für das Elsass, in dem die Entscheidungsgewalt zusammengefasst war. Dies geschah auf Hitlers persönlichen Befehl, der am 1. Juli 1940 von Hans-Heinrich Lammers, dem Leiter der Reichskanzlei, übermittelt wurde. Im Übrigen erfuhr Straßburg eine wichtige verwaltungstechnische Umstrukturierung, indem durch die Fusion mit acht Umlandgemeinden ein Groß-Straßburg geschaffen wurde. Das Elsass wurde eine autonome Einheit. Die Grenzen zum Rest Frankreichs, aber auch die nach Baden, wurden geschlossen. Es bildete auch keine Einheit mit dem Département Moselle, das dem Saargau angegliedert wurde.<sup>20</sup> Ab August 1940 wurde ein eigenes Amtsblatt veröffentlicht: das Verordnungsblatt des Chefs der Zivilverwaltung im Elsass.<sup>21</sup> In diesem Zusammenhang muss man sich aber vor Augen halten, dass dies eine Annexion de facto, aber nicht de jure war: Von deutscher Seite gab es aus außenpolitischen Gründen keinerlei offizielle Erklärung hinsichtlich der Annexion, während Hitler bis zum Äußersten die Vorteile auszunutzen versuchte, welche ihm der Waffenstillstandsvertrag mit Frankreich verschaffte, dessen Handlungsspielraum durch internationales Recht teilweise eingeschränkt war. Der Waffenstillstandsvertrag erwähnte Elsass-Lothringen nicht.<sup>22</sup>

<sup>18</sup> Verordnungsblatt des Chefs der Zivilverwaltung im Elsass, Straßburg 1941, S. 445 u. 490.

<sup>19</sup> Verordnungsblatt des Chefs der Zivilverwaltung im Elsass, Straßburg 1943, S. 4.

<sup>20</sup> Die Durchführung der Germanisierung im Département Moselle gestaltete sich etwas anders, auch wenn die allgemeine politische Linie die gleiche war. Die angewandten Verordnungen waren jedoch nicht dieselben. Zu diesem Thema DIETER WOLFANGER, *Die Nationalsozialistische Politik in Lothringen, 1940-1945*, Saarbrücken 1977.

<sup>21</sup> Bis 1941 wurde es in Fraktur gedruckt, danach in Antiqua.

<sup>22</sup> KETTENACKER (wie Anm. 16), hier Bd. 1, S. 54.

Es wurde oft behauptet, dass die Elsässer keine wichtigen Posten in der neuen Zivilverwaltung bekleideten. Dies ist jedoch nicht ganz richtig. Auch wenn es keine elsässischen „Minister“ unter Robert Wagner gab (es waren dieselben wie in der Verwaltung des Gaus Baden) hatten doch einige Anführer der Autonomiebewegung Posten inne, die sich hierarchisch unmittelbar darunter befanden. So war ein Mann wie René Keppi verantwortlich für die Repatriierung der 1939 evakuierten Elsässer.<sup>23</sup> Elsässer wurden auch zu Kreisleitern in der neuen, vom Reich übernommenen Organisation ernannt. So wurde Edmund Nussbaum zum Kreisleiter von Molsheim. Es gab im Elsass 13 Kreise und 6 elsässische Kreisleiter. Ein Mann wie Friedrich Spieser, elsässischer Herkunft, aber mit einer deutschen Adligen verheiratet, konnte Nazi-Feierlichkeiten auf seinem Schloss Hunenburg organisieren<sup>24</sup> – einem „germanischen Traum“ vollständig nachgebildet, der, natürlich etwas bescheidener, an Hermann Görings Karinhall denken lässt. Spieser genoss so weit das Vertrauen Robert Wagners, dass er sich für das Elsass einsetzen konnte und das Schicksal der Elsässer ein wenig mildern konnte.<sup>25</sup> Spieser stand auch Himmler nahe, den er mehrere Male auf seinem Schloss empfing.<sup>26</sup>

Das Elsass erfuhr zwischen 1939 und 1945 wichtige Bevölkerungsverschiebungen, was die Bevölkerungsstruktur veränderte. Diese Verschiebungen, vor allem Ausweisungen, waren ein Mittel, der elsässischen Bevölkerung eine Rassenpolitik aufzuzwingen und sie so von allen französischen Elementen zu säubern und zu versuchen, eine homogene Einwohnerschaft zu schaffen.

<sup>23</sup> Zu René Keppi siehe *Nouveau dictionnaire de biographie alsacienne*, Bd. 20, hg. v. Jean Pierre Kintz, Strasbourg 1993, S. 1928–1929.

<sup>24</sup> Zu Friedrich Spieser siehe *GROUPE DE RECHERCHE SUR LE CHÂTEAU DE HUNEBOURG*, Hunebourg, un rocher chargé d'histoire: du Moyen-Âge à l'époque contemporaine, Strasbourg 1997 (= Société Savante d'Alsace et des régions de l'Est, 59), darin insbesondere den Artikel von LÉO STRAUSS, Fritz Spieser: le reconstructeur de la Burg, S. 121 ff., siehe auch LÉO STRAUSS, Friedrich Spieser, un nazi alsacien face à la France, in: *Image de soi, image de l'autre. La France et l'Allemagne en miroir*, actes du colloque du 4 et 5 mai 1993, hg. v. MAISON DES SCIENCES DE L'HOMME, Strasbourg 1994 (= Collection Maison de Science de l'Homme de Strasbourg, 16), S. 131–145. Ferner hat Spieser etwa 1000 Seiten Memoiren hinterlassen, die er unter dem Namen Friedrich Hünenburg veröffentlicht hat: *FRIEDRICH HÜNENBURG, Tausend Brücken. Eine biographische Erzählung aus dem Schicksal eines Landes*, hg. v. AGNÈS COMTESSE DOHNA, Heilbronn 1972.

<sup>25</sup> STRAUSS (wie Anm. 24), S. 158.

<sup>26</sup> KETTENACKER (wie Anm. 16) hier Bd. 1, S. 102.

## Bevölkerungsverschiebungen

Ein Drittel der elsässischen Bevölkerung war wie gesagt in den Südwesten und nach Zentralfrankreich evakuiert worden. Nach der Niederlage wurden diese Menschen durch eine Propagandakampagne zur Rückkehr aufgefordert, es wurde gedroht, ihren Besitz zu beschlagnahmen. Die Frist zur Rückkehr wurde bis Anfang 1943 mehrfach verlängert. Die Frage der Rückkehr nach der Flucht ins Landesinnere stellte im Sommer 1940 für viele hunderttausend Elsässer ein schwieriges Problem dar, da sie doch ihre Wohnungen und ihren Broterwerb aufgegeben hatten. Die Juden und die politischen Aktivisten aus der Vorkriegszeit betraf dies nicht, da sie ohnehin nicht zurückkehren konnten. Dennoch entschieden sich 300.000 für eine Rückkehr ins Elsass, wo sie in ihren jeweiligen Städten und Dörfern mit Fanfaren, Fähnchen und Nazireden offiziell empfangen wurden.<sup>27</sup> Sie konnten nicht voraussehen, dass sie durch die Schließung der Grenzen im Elsass festsitzen würden. Der Zahlungsverkehr mit Frankreich wurde am 31. Dezember durch das französische Finanzministerium unterbrochen, da die Wechselkurse für Frankreich, das seine vor Ort gebliebenen Beamten weiterhin bezahlte, zu ungünstig waren. Da das Ministerium sich weigerte, das Elsass wieder in das französisch-deutsche Verrechnungsverfahren miteinzubeziehen, gab es bis 1943 keinerlei Zahlungsverkehr mehr.<sup>28</sup>

Darüber hinaus waren Elsässer, die zunächst geblieben waren, vor den herannahenden deutschen Truppen in das französische Landesinnere geflohen. Unter diesen Flüchtlingen waren auch zahlreiche Juden. Ab Juli begann Wagner mit einer Politik der Selektion der Bevölkerung. Er ordnete die ausnahmslose Ausweisung aller Franzosen (die Auswahl erfolgte nach sprachlichen Gesichtspunkten), aber auch der Juden sowie der Aktivisten der frankophilen oder linken Parteien nach Frankreich an. Alle Juden, von denen es vielleicht noch 4.000 in der Region gab, wurden am 16. Juli 1940 ausgewiesen.<sup>29</sup> Die Liste umfasste auch Sinti und Roma, Asoziale und Schwerkriminelle. Sie durften nur 30 kg Gepäck mitnehmen.<sup>30</sup> 45.000 Personen wurden auf diese Weise abgeschoben, die Zahl der Ausreisenden war jedoch wesentlich höher. Mit der Verschärfung der Bestimmungen in den annexierten Gebieten, verließen einige Elsässer illegal ihre Provinz über

<sup>27</sup> DERS. (wie Anm. 16,) hier Bd. 2, S. 15.

<sup>28</sup> Eine detailliertere Darstellung dieser Frage findet sich in DREYFUS, La présence de la Caisse des dépôts en Alsace et en Moselle (wie Anm. 8), S. 285-286.

<sup>29</sup> SERGE KLARSFELD, Le calendrier de la persécution des Juifs de France, Paris 1993, S. 18.

<sup>30</sup> LÉO STRAUSS, Exil, exclusion, extermination. Les Juifs alsaciens en zone sud, in: Saisons d'Alsace 121 (1993), S. 183-213, hier S. 189.

die Vogesen oder durch Flucht in die Schweiz. So bestand die Hauptleitung der elsässischen Résistance in der Organisation eines Netzwerks für den illegalen Grenzübertritt, das auch geflohenen französischen Gefangenen zu Gute kam. Von Wagner wurde also eine brutale Säuberung der elsässischen Bevölkerung betrieben, die sich an „kulturellen“ und „genealogischen“ Kriterien orientierte, dabei aber auch volkshygienischen Vorstellungen verhaftet war. Geisteskranke in den psychiatrischen Anstalten starben im Laufe der Besetzung an Hunger. Die Ausweisungspraxis wurde fast bis zum Ende der Annexion fortgeführt.

Es gab darüber hinaus noch weitere Bevölkerungsbewegungen. So wurde die elsässische Bevölkerung in verschiedene Nazi-Organisationen eingegliedert und ins Reich oder an die Ostfront verschickt. Eine von der französischen Verwaltung nach dem Krieg erstellte Bestandsaufnahme nennt folgende Zahlen: 24.000 Elsässer entkamen nach Frankreich, 4.000 wurden aus politischen Gründen nach Deutschland deportiert, 9.000 wurden umgesiedelt, um die zu germanisierenden Ostgebiete, insbesondere den Warthegau, zu bevölkern. 3.000 elsässische Zivilisten und 1.100 Angehörige der französischen Armee wurden bei Kampfhandlungen getötet.<sup>31</sup> Mit den 120.000 unter Zwang in die Wehrmacht Einberufenen, von denen 40.000 im Kampf getötet wurden, verlor das Elsass während der Besetzungszeit 5,4% seiner Bevölkerung. Die Anzahl der Deutschen, die sich während dieser Zeit im Elsass niederließen, ist nicht bekannt. Sie scheint jedoch nicht sehr groß gewesen zu sein, selbst wenn man die Beamten und Militärpersonen berücksichtigt. Für viele Deutsche war das Elsass eine Durchgangsstation oder Ziel für einen Kurzaufenthalt, um dort Urlaub zu machen (der Baedeker-Reiseführer über das Elsass und Lothringen wurde 1942 neu aufgelegt), sich behandeln zu lassen oder sich weiterzubilden. So gab es zum Beispiel in einem kleinen Schloss in Oberehnheim (Obernai) eine Ausbildungsschule für den Nachrichtendienst der Armee, an der Tausende junger Frauen ausgebildet wurden.

Auch im alltäglichen Leben musste die Bevölkerung eine Politik der Germanisierung erdulden.<sup>32</sup> Die französischen Familiennamen mussten geändert werden, wie auch die Straßennamen. Damit einher ging eine Germanisierung der Toponymie der Städte. „Colmar“ wurde zu „Kolmar“, der Stadt mithin eine Schreibweise aufgezwungen, die es niemals zuvor gegeben hatte. Die „Rue du sauvage“ (Wildmannstraße) in Mulhouse/Mülhausen wurde plump in „Adolf-Hitler-Straße“ umbenannt.<sup>33</sup> In Straß-

<sup>31</sup> Archives départementales du Bas-Rhin, 544 AD 2, Préfecture, Rapport détaillé sur le Bas-Rhin, 11-03-1947.

<sup>32</sup> KETTENACKER (wie Anm. 16), hier Bd. 2, S. 45-51.

<sup>33</sup> PIERRE SEEL, *Moi Pierre Seel, déporté homosexuel*, Paris 1994, S. 64.

burg wurde die „Rue du 22 novembre“ (Straße des 22. Novembers, der Tag des Einzugs französischer Truppen in die Stadt im Jahre 1918) zur Straße des 19. Juni (dem Datum, an dem deutsche Truppen die Stadt 1940 einnahmen). Die Verwendung der französischen Sprache war streng verboten – es drohte eine Haftstrafe. Die Elsässer zogen sich auf den intensiven Gebrauch ihres Dialekts zurück, der schon während der Zeit als Reichsland als „Zuflucht“ gedient hatte. Es reichte bereits, in einer Wirtschaft „Bonjour“ zu sagen (der französische Ausdruck hatte Eingang in den Dialekt gefunden), um verhaftet zu werden. Das augenfälligste Zeichen der Germanisierung war das Verbot, die Baskenmütze (*béret basque*), die so genannte „französische Mütze“, zu tragen. Auch hier drohte eine Haftstrafe. Das Verbot des Französischen reichte bis zur Tilgung des Wortes „architecte“ auf den in der Zwischenkriegszeit errichteten Gebäuden. Auch die Vertreibung der Juden führte zu Veränderungen im städtischen Raum. So wurden die Namen der Juden, die neben den deutschen Soldaten im Ersten Weltkrieg gefallen waren, von den Denkmälern entfernt.<sup>34</sup> Wurden die jüdischen Friedhöfe, deren hohes Alter die Verwurzelung der Juden in dieser Region belegt, größtenteils verschont, so wurden die Synagogen beschädigt und ihres sakralen Charakters beraubt, was aber nicht systematisch und organisiert erfolgte. Das Symbol für die Beseitigung jeder Erinnerung an Jüdisches (es sei daran erinnert, dass die Region seit 1940 „judenrein“ war), war die Zerstörung der großen Synagoge zu Straßburg. In planvoller Wiederholung der Reichskristallnacht wurde sie am 12. September 1940 von Mitgliedern der Hitlerjugend angezündet,<sup>35</sup> die scheinbar von der anderen Rheinseite kamen. Das Gebäude am Quai Kléber wurde daraufhin vollständig abgerissen und fand in den nachfolgend aufgelegten Stadtplänen nicht einmal mehr Erwähnung. Obwohl Hitler die Ansicht vertrat, dass das Deutsche Reich es in 48 Jahren nicht vermocht hätte, den französischen Geist im Elsass auszumerzen, war diese strenge Germanisierung ab Sommer 1940 doch von Versuchen begleitet, die Bevölkerung zu nazifizieren, in erster Linie durch die allgegenwärtige Propaganda.

## Die Indoktrination der Bevölkerung

Die „gesäuberte“ elsässische Bevölkerung wurde einer systematischen und relativ progressiven Indoktrinierungspolitik unterzogen. Wagner veran-

<sup>34</sup> FREDDY RAPHAEL, Une singulière présence des Juifs en Alsace. La construction d'un oubli, in: Archives juives 31(1998), 1, S. 39-51.

<sup>35</sup> JEAN DALTRON, 1898-1940: la synagogue consistoriale de Strasbourg, Strasbourg 1996, S. 55-62.

schlagte einen Zeitraum von zehn Jahren, um das Elsass von der „französischen Unordnung“ zu befreien. Gegen die schwersten Strafmaßnahmen gegen die widerspenstigen Elsässer schritt das deutsche Innenministerium wiederholt ein, denn dieses wollte die Bevölkerung, von der es wusste, dass sie den Absichten der Nazis zumindest abwartend gegenüberstand, nicht zusätzlich gegen das Regime aufbringen.

Was den Eintritt von Elsässern in die NSDAP betraf, so war dies nicht sofort möglich. Es wurden Zwischenorganisationen geschaffen, die die Beitrittswilligen durchlaufen mussten. Diese Organisationen sollten als „Dekontaminierungsschleuse“ für eine Bevölkerung dienen, die im Verdacht stand, zu sehr dem französischen Einfluss unterworfen gewesen zu sein. Hier ging wiederum die kulturelle Herrschaft der rassischen voraus. Als erste dieser Organisationen wurde im Juli 1940 der Elsässische Hilfsdienst geschaffen.<sup>36</sup> Von 1940 an wurden Unterabteilungen der Partei im ganzen Elsass gegründet. Sie nahmen bevorzugt die in die „Westmark“ versetzten badischen Beamten auf. Eine weitere Zwischenorganisation, der Opferring Elsass, wurde im Herbst 1940 ins Leben gerufen. Ihn mussten die Beitritskandidaten der nationalsozialistischen Partei durchlaufen, welche im Elsass offiziell erst am 22. März 1941 gegründet wurde.<sup>37</sup> Ab diesem Datum konnten auch Elsässer in die Partei eintreten. Dies geschah jedoch erst im Januar 1942 in Form einer offiziellen Feier in Straßburg, bei der 400 Elsässer und Elsässerinnen aufgenommen wurden. Parallel dazu wurde im September 1940 die Hitlerjugend im Elsass aufgebaut, als Erweiterung jener im Gau Baden. Der Beitritt war nicht obligatorisch. Er wurde es aber 1942, als sich die militärische Vorbereitung der Elsässer zwecks Integration in die Wehrmacht deutlich abzeichnete. Der Erfolg dieser Organisationen war indes nur mäßig. Den überwiegenden Teil der Mitglieder stellten die elsässischen Beamten, die zum Beitritt gezwungen waren. Im Juni 1942 hatte der Opferring 169.235 Mitglieder. Die Zahl verringerte sich in der Folge bis 1944. Die nationalsozialistische Partei hatte nie mehr als 22.000 Mitglieder, unter denen sich eine große Zahl von Opportunisten befunden haben dürfte.

Die Zivilverwaltung unter Robert Wagner bediente sich noch anderer Mittel der Indoktrination: Beamte wurden zu Umschulungen verpflichtet, 5.000 Lehrer und Professoren – fast die Gesamtheit der elsässischen Lehrerschaft – zu Lehrgängen nach Baden geschickt, wo sie in den Methoden der nationalsozialistischen Erziehung unterwiesen wurden. Die nationalsozialistische Politik im Elsass schwankte also zwischen der Versuchung, schnell voranzuschreiten, und dem Misstrauen gegenüber einer Bevölke-

<sup>36</sup> KETTENACKER (wie Anm. 16), hier Bd. 1, S. 8.

<sup>37</sup> DERS. (wie Anm. 16), hier Bd. 2, S. 84.

rung, die immer im Verdacht stand, nicht deutsch genug zu sein. Diese Haltung änderte sich durch den Einsatz im Krieg im Osten ab Ende 1941.

## Die Zwangsrekrutierung

Es konnte 1940 keine Rede davon sein, der Masse der Elsässer die deutsche Staatsangehörigkeit zu geben und so die Männer in die Wehrmacht einzuberufen. Um trotzdem Soldaten zu rekrutieren, verfolgte man in der ersten Zeit die Politik, Kandidaten für den Eintritt in die Waffen-SS zu werben. Die Ergebnisse waren äußerst bescheiden: Es gab gerade einmal ein paar Dutzend Freiwillige. Robert Wagner versuchte in der Folge, Bewerbungen Freiwilliger für die Wehrmacht zu forcieren. Insgesamt gab es 2.100 elsässische Freiwillige entweder für die Waffen-SS oder für die Wehrmacht. Im November 1941 begann sich die Frage nach Einführung eines obligatorischen Wehrdienstes zu stellen. Das Oberkommando der Wehrmacht verhielt sich zögerlich, da man glaubte, dass dies mehr Probleme bereiten würde als kampfbereite Soldaten zu bringen. Was Robert Wagner betraf, so wünschte er diese Rekrutierung, weil er Ergebnisse bei der Germanisierung seines Gaus vorweisen wollte und das Elsass so einen Beitrag zu den Kriegsanstrengungen leisten konnte. So lag es an Hitler, eine Entscheidung zu treffen, was er zu Gunsten der Zwangsrekrutierung am 13. Januar 1942 bei einem Treffen mit Wagner in Berlin auch tat. Die erste Einberufung erfolgte erst am 24. August 1942. Sie galt für die Elsässer, Lothringer und Luxemburger. 200.000 Männer ab Jahrgang 1908 waren davon betroffen.<sup>38</sup> Viele Männer wurden ab 1943 automatisch der Waffen-SS zugeordnet, was zur Flucht vieler junger Männer nach Frankreich führte. Vor den Musterungskommissionen spielten sich Szenen des Widerstands ab, die elsässischen Wehrpflichtigen sangen die Marseillaise. Sich der Wehrpflicht zu entziehen, wurde schnell gefährlich, da die Familien aus dem Elsass umgesiedelt werden konnten. Zum schwersten Zwischenfall kam es am 12. Februar 1943, als 18 junge Männer aus der Gemeinde Ballersdorf versuchten, trotz verschärfter Kontrollen und der Einrichtung einer Sperrzone von drei Kilometern entlang der Grenze, die Schweizer Grenze zu überqueren. Es gab eine regelrechte Schlacht, bei der drei Kriegsdienstverweigerer und ein Grenzposten getötet wurden. Die anderen Jugendlichen wurden vom Sondergericht in Straßburg zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Die elsässischen Wehrpflichtigen wurden größtenteils auf die kämpfenden Truppen an der russischen Front verteilt. Wie bereits 1918 wollte man

---

<sup>38</sup> Ebd., S. 95.

vermeiden, dass sie (nach der Landung der Alliierten in der Normandie) französischen Truppen gegenüberstehen und damit der Versuchung zu desertieren erliegen könnten. Die Verluste waren sehr hoch, weil die Elsässer den Divisionen zugeteilt wurden, die unter besonders heftigem Feindbeschuss standen, ein Drittel kehrte nicht zurück. Die Gefangenen wurden von der Roten Armee im Lager von Tambov gesammelt, das zum Synonym für das Martyrium der Zwangsrekrutierten wurde, die auch „*malgré-nous*“ (die „gegen unseren Willen“) genannt werden.

Die Frage der Staatsangehörigkeit der Elsässer war damit noch nicht gelöst. Es herrschte weiterhin juristische Unschärfe.<sup>39</sup> Am Vorabend der Ankündigung der Zwangseinberufung ordnete das Innenministerium an, dass die deutsche Staatsangehörigkeit den in die Wehrmacht oder Waffen-SS Einberufenen zuerkannt werden würde, sowie denjenigen Elsässern, die „sich bewährt haben“.<sup>40</sup> Eine Verordnung der Zivilverwaltung in Straßburg nahm diese Anordnung formalrechtlich auf, anzuwenden ab dem 24. August 1942.<sup>41</sup> Diese Entscheidung behielt jedoch eine große Ungenauigkeit bei (wie sollte man die von einem Elsässer gelieferten „Beweise“ des Germanentums bewerten?) und erkannte nicht der Gesamtheit der Elsässer die Staatsbürgerschaft zu. Denn dazu hätte es natürlich einer förmlichen Annexion bedurft, die auszurufen das Berliner Innenministerium nicht wagte.

Die Gleichschaltung des Elsass wurde auch durch die Einrichtung zweier Lager in den Vogesen symbolisiert, unter denen ein Konzentrationslager war: Natzweiler-Struthof (Struthof-Natzwiller).

## Die Lager Schirmeck-Vorbrück und Natzweiler-Struthof

Am 2. Juli 1940 befahl Dr. Gustav Adolf Scheel, erster Kommandant der SS und des SD im Elsass, den Bau eines kleinen Lagers, das zur Internierung von 150 Personen geeignet war. Der Baubefehl gab auch Aufschluss über den anvisierten Personenkreis: a) Deutsche, die in internationalen Verbänden gekämpft hatten, b) aufständische Elsässer und c) Gegner der deutschen Armee. Das erste Lager wurde in der Nähe der Kleinstadt Schirmeck in den Vogesen gebaut, etwa 50 km von Straßburg entfernt, und erhielt den Namen Schirmeck-Vorbrück (Schirmeck-La Broque). 60 Elsässer wurden wegen antideutscher Aktivitäten vor dem Krieg oder wegen

<sup>39</sup> Ebd., S. 104.

<sup>40</sup> Reichsgesetzblatt 1942, hg. v. REICHSMINISTERIUM DES INNERN, Berlin 1942, S. 533.

<sup>41</sup> Verordnungsblatt des Chefs der Zivilverwaltung im Elsass, Straßburg 1942, S. 251.

Desertion aus der deutschen Armee während des Ersten Weltkriegs umgehend interniert.<sup>42</sup> Das Lager war während der gesamten Okkupationszeit in Betrieb und wurde zum Inbegriff der Bedrohung, die über den Köpfen widerspenstiger Elsässer schwelte. Es wurde nie ein Konzentrationslager, da es immer der Polizei unterstand. Die Internierten waren Elsässer, Oppositionelle, Verweigerer der Zwangsrekrutierung, Zeugen Jehovas<sup>43</sup> und ein paar Homosexuelle.

Einige Monate nach der Einrichtung des Lagers Schirmeck errichtete die SS ein weiteres Lager unweit des ersten. Das offizielle Datum der Errichtung war der 1. Mai 1941.<sup>44</sup> Als Lage wurde Natzweiler (Natzwiller) im Bruchetal gewählt, weil es dort einen Granitbruch gab. Der Flurname Struthof war vor dem Krieg durch einen kleinen Wintersportort bekannt. Der Befehl zum Bau des Lagers wurde von Himmler selbst gegeben. Das SS-Unternehmen Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH enteignete das Gelände und begann mit der Ausbeutung des stillgelegten Steinbruchs. Die Bauarbeiten für das Lager begannen im April 1941. Gefangene des Lagers Schirmeck wurden zum Bau der ersten Baracken herangezogen. Der erste Gefangenentransport mit etwa 150 Menschen kam am 21. Mai 1941 aus Sachsenhausen. Der zweite Transport kam am 24. Mai an. Am 28. Juni kamen mit dem dritten Transport die ersten französischen Gefangenen. Bis zum Frühjahr 1942 blieb das Konzentrationslager Natzweiler-Struthof mit nur etwa 200 Gefangenen recht klein. Die Zahl der Häftlinge erhöhte sich in der Folge aber schnell und beträchtlich. Ende 1942 waren bereits 2.000 Gefangene registriert. Der Bau des Lagers wurde erst Anfang 1943 beendet. Es gab 17 Blöcke innerhalb des geschlossenen Bereichs und 12 weitere Gebäude außerhalb. Am 15. Juni 1943 kam ein Transport mit 71 Norwegern an. Es handelte sich um Widerstandskämpfer. Neun Transporte mit Norwegern, insgesamt 504 Menschen, gelangten nach Natzweiler, der letzte im August 1944. Alle diese norwegischen Gefangenen waren ins Lager verschleppt worden, um auf Grundlage des „Nacht-und-Nebel-

<sup>42</sup> Speziell zum Lager Schirmeck JACQUES GRANIER, Schirmeck, histoire d'un camp de concentration, Strasbourg 1970.

<sup>43</sup> Als Zeugnis für das besondere Schicksal der elsässischen Zeugen Jehovas, deren Geschichte noch nicht beschrieben wurde, siehe SIMONE LEBSTER, Facing the lion. Memoirs of a young girl in Nazi Europe, New Orleans 2000.

<sup>44</sup> Zur Geschichte des Lagers Struthof: KRISTIAN OTTOSEN, Nuit et Brouillard. Histoire des prisonniers de Natzweiler-Struthof, übers. v. ELISABETH u. CHRISTINE EYDOUX, Brüssel 1994. Der norwegische Originaltitel lautet: Natt og tåke, Historien om Natzweiler-fangene, 3. Aufl. Oslo 1989. 2005 wurde das Werk von Robert Steegmann veröffentlicht, das zum ersten Mal die Geschichte des Lagers vollständig präsentierte: ROBERT STEEGMANN, Le KL-Natzweiler et ses commandos: une nébuleuse concentrationnaire des deux côtés du Rhin 1941-1945, Strasbourg, 2005.

Erlasses“ vom 7. Dezember 1941 wegen politischen oder militärischen Widerstandes vor ein Sondergericht gestellt und abgeurteilt zu werden.<sup>45</sup> Im Juni 1943 gab es insgesamt 4.430 Internierte. 1944 schwankte ihre Zahl zwischen 6.000 und 7.000. Insgesamt wurden 46.000 Gefangene im Lager bzw. in den Außenkommandos registriert. Die Sterblichkeitsrate in Struthof war sehr hoch und es starben etwa 10.000 Gefangene an Erschöpfung, Hunger, Krankheit und Misshandlung.<sup>46</sup> Die Häftlinge stammten aus dem ganzen besetzten Europa. Es handelte sich zumeist um Franzosen, Holländer, Luxemburger, Deutsche und Osteuropäer. Es gab aber auch Sinti und Roma. Im Zentrallager war keiner der Häftlinge als Jude registriert. Josef Kramer, Obersturmführer der SS, leitete das Lager von Juni 1942 bis zu seiner Versetzung nach Birkenau (Auschwitz II) im April 1944. Das Lager Natzweiler-Struthof verfügte über mindestens 82 Außenkommandos, von denen sich die eine Hälfte im Elsass und im Departement Moselle befand, die andere Hälfte in Südwestdeutschland. Das trug zur stärkeren Präsenz der Häftlinge im Bewusstsein der Bevölkerung bei und machte die permanente Bedrohung, die auf den Elsässern lastete, sichtbarer. Es gab ein Kommando in Oberehnheim (Obernai) für den Bau einer Fernmeldeschule für junge Frauen und ein weiteres bei den staatlichen Krankenhäusern in Straßburg. Die Leichen der Häftlinge wurden zunächst in einem mobilen Krematorium verbrannt, bis im Oktober 1943 eine endgültige Anlage außerhalb des Lagers, neben dem Gasthof von Struthof gebaut wurde. Im Lager selbst wurden keine medizinischen Versuche durchgeführt, Struthof lieferte jedoch Leichen an die Versuchsabteilung der Reichsuniversität Straßburg. Dazu wurde außerhalb des Lagers eine kleine Gaskammer gebaut. Versuchsleiter war der Professor für Anatomie an der Reichsuniversität, August Hirt.<sup>47</sup> 86 Juden, darunter 30 Frauen, kamen im August

---

<sup>45</sup> „Führer-Erlasse“ 1939–1945. Edition sämtlicher überliefelter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besetzungs- und Militärverwaltung. Zusammengestellt u. eingel. v. MARTIN MOLL, Stuttgart 1997, Dok. 125, ebd. auch Hinweise auf weiterführende Literatur.

<sup>46</sup> Es gibt zahlreiche Augenzeugenberichte über die Lebensbedingungen in Struthof, z.B. AIMÉ SPITZ, Struthof, bagne nazi en Alsace, reportage, mémoires du déporté patriote n° 4596. Préface du général de Lattre de Tassigny, Sélestat 1945 oder HENRY ALLAINMAT, Auschwitz en France: la vérité sur le seul camp d'extermination nazi en France, Le Struthof, Paris 1974.

<sup>47</sup> FREDERIK H. KASTEN, Unethical Nazi Medicine in Annexed Alsace-Lorraine. The Strange Case of Nazi Anatomist Professor Dr. August Hirt, in: Historians and Archivists, Essays in Modern German History and Archival Policy, hg. v. GEORGE O. KENT, Fairfax 1991, S. 170–208.

1943 aus Auschwitz an. Sie wurden vom 11. bis 19 August vergast.<sup>48</sup> Ihre Leichen wurden nach Straßburg geschickt, um eine Skelettsammlung aufzubauen.<sup>49</sup>

Das Lager Struthof wurde vor dem Vormarsch alliierter Truppen zwischen dem 31. August und dem 4. September 1944 evakuiert<sup>50</sup>. Zu diesem Zeitpunkt waren noch 7.000 Menschen in Struthof. Die Häftlinge hatten die Straße bis Rothau gebaut, wo sich der nächstgelegene Bahnhof befand. Sie hatten im Steinbruch gearbeitet, aber auch Flugzeugmotoren für eine vor Ort gelegene Werkstatt der Junkers-Werke repariert,<sup>51</sup> deren Sitz sich in Dessau befand und die eine Autofabrik in der Meinau, im Straßburger Umland, zurückerhalten hatten. So trug das Lager Struthof auch dazu bei, die Kontrolle über die elsässische Wirtschaft zu gewinnen.

## Die Wirtschaft

Die elsässische Wirtschaft ging kraft einer einfachen Verordnung vom 13. Juli 1940<sup>52</sup> nahezu vollständig in deutsche Kontrolle über. Mit dieser Verordnung wurde schlicht und einfach „volks- und reichsfeindliches Vermögen“ beschlagnahmt. Es handelte sich um das Vermögen von:

- a) allen politischen Parteien sowie ihren nachgeordneten Organisationen,
- b) Logen und logenähnlichen Verbindungen,
- c) Juden,
- d) Franzosen, die nach dem 11. November 1918 im Elsass Vermögen erworben hatten,
- e) Staatsangehörigen aller anderen feindlichen Staaten.

Es handelte sich um eine echte Beschlagnahmung von Eigentum durch das Deutsche Reich unter Aufsicht des Stillhaltekommisars der Zivilverwal-

<sup>48</sup> Erst 2004 wurden die Skelette von einem Historiker identifiziert und Opfern zugeordnet: HANS-JOACHIM LANG, *Die Namen der Nummern: Wie es gelang die 86 Opfer eines NS-Verbrechens zu identifizieren*, Hamburg 2004.

<sup>49</sup> [Anonym], *Le camp de concentration du Struthof (Bas-Rhin) et l'activité de l'Institut d'anatomie de Strasbourg pendant l'occupation*, in: *Notes et Études documentaires*, Paris 1950, S. 140.

<sup>50</sup> STEEGMANN (wie Anm. 44), S. 159-172.

<sup>51</sup> OTTOSEN (wie Anm. 44), S. 145.

<sup>52</sup> Die Verordnung wurde an den Toren der elsässischen Fabriken angeschlagen und nicht im Verordnungsblatt veröffentlicht, das zu diesem Zeitpunkt noch nicht erschien. Sie wurde ins Französische übersetzt und mit allen anderen Verordnungen, die die Beschlagnahmungen im Elsass und im Département Moselle betrafen nach der Befreiung publiziert: *Recueil des principaux textes allemands appliqués en Alsace et en Lorraine pendant l'Occupation (1940-1944)*, hg. v. OFFICE JURIDIQUE INTERNATIONAL, [Paris ohne Ort].

tung und nicht um eine Sequestration. Da später auch das Vermögen von Elsässern, die das Elsass verließen, sei es durch Ausweisung oder durch Flucht, sowie derjenigen Flüchtlinge, die eine Rückkehr verweigerten, eingezogen wurde, war die Zahl der beschlagnahmten Privat- und Geschäftsvermögen beachtlich.<sup>53</sup> Alle großen und mittleren elsässischen Unternehmen waren betroffen und fast alle Banken, welche auf die großen deutschen Kreditanstalten aufgeteilt wurden.<sup>54</sup> Was geschah nun mit den beschlagnahmten Vermögen? Die Verwendung dieser riesigen Vermögenswerte lässt sich allgemein wie folgt klassifizieren:

- a) Die großen Unternehmen wurden deutschen Gruppen überlassen. So übernahm zum Beispiel die Bosch-Gruppe die Elsässische Maschinenbaugesellschaft (*Société alsacienne de construction mécanique*).
- b) Die mittelständischen Unternehmen wurden Unternehmern aus Baden und der Pfalz überlassen, die häufig mit der nationalsozialistischen Partei verbunden waren.
- c) Die Wohnungen wurden geräumt und das Inventar zum Teil nationalsozialistischen Organisationen, die sich im Elsass niederließen, zur Verfügung gestellt, der andere Teil wurde öffentlich versteigert.
- d) Immobilien wurden nationalsozialistischen Organisationen überlassen aber auch im Elsass ansässigen Beamten zur Verfügung gestellt.
- e) Ladengeschäfte wurden entweder den dort bereits arbeitenden Angestellten übergeben oder einfach aufgelöst.

Diese einfache Verordnung vom Juli 1940 erlaubte es also, Kontrolle über die elsässische Industrie zu erlangen und sie wieder auf das Reich auszurichten. Die ökonomischen Beziehungen zum restlichen Frankreich waren vollständig unterbrochen.

## Schluss

Das Elsass war nach diesen vier Jahren der Annexion vollkommen gelähmt. In den zahlreichen Nachkriegszeugnissen sind es vor allem zwei Dinge, die für den erlittenen Schock stehen: das Gefühl, von Frankreich im Stich gelassen worden zu sein und die Zwangsrekrutierung.<sup>55</sup> Die Zwangsgermanisierung und Nazifizierung wurden detailliert beschrieben, die

<sup>53</sup> ALAIN PETER, *Les tribulations de l'industrie alsacienne. Exode, spoliations, rachats*, in: *Saisons d'Alsace* 114 (1991/92), S. 103-123.

<sup>54</sup> JEAN-MARC DREYFUS, *Pillages sur ordonnances. Aryanisation et restitution des banques en France, 1940-1953*, Paris 2003 (= *Pour une histoire du XXe siècle*), S. 57-58.

<sup>55</sup> Bis 1994 habe ich 285 veröffentlichte Bände von Erinnerungen der „malgré-nous“, der Zwangsrekrutierten, gezählt.

Kollaboration der elsässischen Bevölkerung wurde dabei aber ausgeblendet. Nur die Anführer der Autonomiebewegung, die versucht hatten, auf Macht-positionen innerhalb der deutschen Zivilverwaltung zu gelangen, wurden vorgeschoben. Über die alltägliche Kollaboration, die Arrangements mit der deutschen Politik sprach man nicht. Das Thema ist bis heute schwierig geblieben. Mit der Befreiung verschwanden alle regionalistischen Ansinnen. Aktivisten, die sich nicht allzu sehr durch ihre Verbindung mit den Nazis kompromittiert hatten, waren die Ausnahme.<sup>56</sup> Die Rückkehr zur republikanischen Gesetzlichkeit, das Wiedereinsetzen der französischen Verwaltung, welche einmal mehr versuchte, die Arbeit der vorangegangenen Verwaltung rückgängig zu machen, erfolgten auf der Grundlage eines fiktiven Konsenses. Die französische Regierung war ihrerseits sehr bemüht, die Fehler zu vermeiden, die nach dem Ersten Weltkrieg begangen worden waren. Die hohen Beamten, die im Elsass berufen wurden, waren fast alle Elsässer. Die schwierigen Fragen der Beibehaltung des Konkordats und des Bilingualismus wurden auf dem Verhandlungswege geregelt und das Elsass konnte seine Sonderstellung innerhalb der Republik bewahren. Es überwog die Vorstellung, dass die Nazis in vier Jahren mehr für die französische Idee im Elsass getan haben als die französische Verwaltung in über 20 Jahren. Dies war zweifellos richtig und es erlaubte dem Elsass, sich als als Region märtyrergleich darzustellen und bald als ein Symbol für die Einheit Europas, als 1948 beschlossen wurde, Straßburg zum Sitz des neu geschaffenen Europarats zu machen.

Das Vermächtnis der Annexion und der Nazifizierung konnte keine Beachtung finden, da die Elsässer als französische Patrioten beschrieben wurden, die stillschweigend um die Liebe zur Republik gekämpft hatten. Es gab im Elsass sicherlich auch eine Säuberung, vor allem in der Verwaltung, die strenger war als im Rest Frankreichs (aber natürlich waren die „anti-nationalen“ Aktionsmöglichkeiten unter den Bedingungen einer Annexion größer als unter denen einer einfachen Okkupation). Darüber hinaus durfte die „Behaglichkeit“, die einige Elsässer bei der Rückkehr in eine deutsche Ordnung finden konnten, sowie die Tatsache nicht erwähnt werden, dass die Annexion ihnen eine ebenso schlechte Behandlung wie im restlichen Frankreich in Gestalt der Zwangsarbeit, der ökonomischen Ausbeutung und der allgemeinen Not erspart hatte. Die regionalistischen Forderungen konnten erst nach 1968 wieder aufkommen, getragen von linken außerparlamentarischen Bewegungen. Heute wird die Unlösbarkeit

---

<sup>56</sup> Die einzige nennenswerte regionalistische Publikation nach dem Krieg waren *Les Cahiers Verts* („Grüne Hefte“) von Camille Dahlet.

der Identitätsfrage vorgeschoben, um die hohen Wahlergebnisse der extremen Rechten im Elsass zu erklären.<sup>57</sup>

*Aus dem Französischen von Carsten Siedling*

---

<sup>57</sup> Bei den Regionalwahlen im April 2004, war das Elsass wieder einmal die Region mit den höchsten Ergebnissen für die extreme Rechte.